

Entwurf, Stand 11.12.2019.

Sperrfrist: 13.12.2019 09.00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,
sehr geehrte Damen und Herrn der Kreisverwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Kreistagsfraktionen,
liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Gäste!



RWE-Aktien

Wir Grüne sehen optimistisch in die Zukunft. Allerdings wird der Optimismus von dem Willen zur aktiven Gestaltung der Zukunft getragen. Dazu gehört die generationengerechte Umweltpolitik, die allerdings nicht umsonst zu haben ist. Was nützt es unseren Kindern denn, wenn dieser Planet zu großen Teilen baden geht? Generationengerechte Politik muss da stattfinden, wo der Kreis Einfluss nehmen kann, materiell wie auch politisch.

Materiell ist der Kreis auf einem konstruktiven Weg. Mit sehr viel Engagement, mit Nachdruck und mit sehr viel Überzeugungsarbeit gegenüber einigen trägen Fraktionen, schafft der Kreis erhebliche Einsparungen im Verbrauch fossiler Brennstoffe. Bei den Betriebskosten für Strom und Heizung sind die Einsparungen gegenüber der Ausgangssituation mit jährlich über 400 tausend Euro beachtlich.

Auch die CO₂ Bilanz erreicht, seit dem Einsatz des Energiemanagements, eine Abnahme der CO₂- Emissionen um 58%. Das sind ca. 3.000 t CO₂ im Jahr.

Wie sieht die politische Bilanz der Energiewende aus? Die Möglichkeiten sind für den Kreis begrenzt, aber es gibt sie. Mit dem Besitz der RWE-Aktien sind wir mit einem Unternehmen verbunden, das mit seinen Braunkohlekraftwerken zu den größten CO₂-Emittenten von Europa gehört. Während ich hier spreche, hat RWE schon die CO₂-Menge ausgestoßen, die wir mühsam in sechs Monaten eingespart haben. Und wenn wir uns morgen an den Frühstückstisch setzen, hat RWE schon die CO₂-Menge ausgestoßen, für die wir 75 Jahre brauchen werden um diese Menge einzusparen. Das ist ein rechnerischer Wert.

Wir Grüne haben uns nach langer, leidenschaftlicher Diskussion entschlossen: „Wir wollen die RWE-Aktien abstoßen.“ Wir unterstützen kein Unternehmen, das an den Braunkohlekraftwerken festhält und sie als Faustpfand bei den Entschädigungsverhandlungen einsetzt. Wir fordern auch einen entschädigungsfreien Abschaltplan für diese Kohlekraftwerke und ein klares Bekenntnis zu der Haltung „Alle Dörfer bleiben“, damit die Zerstörung von Heimat für Braunkohletagebau endlich ein Ende hat. Und wir suchen Mitstreiter, die sich nicht von Kurserwartungen und Renditeversprechen korrumpieren lassen. Wir suchen Mitstreiter, die sich von einem Unternehmen trennen wollen, das sich nicht scheut, eine ganze Nation in Geiselhaft zu nehmen.

FMO

Das Finanzierungskonzept 1 – Gesellschafterdarlehen für den FMO war bis 2023 angelegt. Aktuelle Erkenntnisse haben die Gremien des FMO veranlasst, vorzeitig das Finanzierungskonzept 2 – Gesellschafterdarlehen aufzulegen. Dieses Konzept hat eine Laufzeit von insgesamt 10 Jahren. Das Besondere an diesem Finanzierungskonzept 2 – Gesellschafterdarlehen ist, dass die Gesellschafter die erwarteten Zinserträge selber einzahlen. Ein Konstrukt versteckter Subventionen verstößt aus unserer Sicht gegen das Transparenzgebot. Darüber hinaus halten wir den Luftverkehr, insbesondere auf Kurzstrecken aus ökologischen Gründen für nicht vertretbar.

Das halten wir Grünen für kein zukunftsfähiges Finanzierungskonzept und haben es deshalb abgelehnt.

Verkehrskonzept

Der Kreis Warendorf ist als Flächenkreis auf eine gute Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Die CO₂- Emission des Verkehrssektors im Kreis erreicht den stattlichen Anteil von knapp 50% der gesamten CO₂-Emissionen. Aus der Erfahrung heraus müssen wir davon ausgehen, dass wir vom Bundesverkehrsministerium keine Unterstützung zur Verkehrsminderung erhalten werden. Im Gegenteil, der Bund bemüht sich über die Ausbauplanung der B51 noch mehr Verkehr auf das Kreisgebiet zu ziehen. Deswegen ist der Kreis doppelt gefragt, die Verkehrsbelastung zu senken. Vorab hat der Kreis schon seine Zielvorgaben im Nahverkehrsplan und im Radverkehrskonzept dargelegt. Für die Realisierung erwarten wir von Ihnen, dass die erarbeiteten Konzepte auch umgesetzt werden.

An erster Stelle steht hier ein leistungsfähiger ÖPNV, um den täglichen Pendlerverkehr vom PKW auf den ÖPNV zu lenken.

In der Fortschreibung des Kreisentwicklungsprogramm 2030 sind in dem Themenschwerpunkt Mobilität, ÖPNV, wunderschöne Dinge beschrieben. Sobald jedoch Anträge in dieser Richtung gestellt werden, ducken sich die Mehrheitsvertreter weg und machen das Licht aus.

Die GRÜNE Initiative, den ÖPNV mit einem Betrag von zusätzlich 500.000,00 € zu verbessern, wurde mehrheitlich abgelehnt. Eine Alternative wurde nicht vorgestellt. Also bleibt alles so wie gehabt. Keine qualitative Verbesserung und keine quantitative Verbesserung.

Aber planerisch immer gut drauf.

Die Verkehrsorganisation muss sowohl unter ökologischen Gesichtspunkten, als auch unter Sicherheitsaspekten organisiert werden.

In 2018 ereigneten sich im Kreis Warendorf 413 Verkehrsunfälle mit Personenschäden unter Beteiligung eines Radfahrenden. Das entspricht einem Anstieg von 24,8 % zum Vorjahr. 100 Radfahrende wurden dabei schwer und 323 leicht verletzt.

Das sind erschreckende Zahlen und ein wichtiger Grund, sich hier für eine Neuorganisation einzusetzen.

Die Grünen haben mehrere Initiativen gestartet, um das Radfahren und damit auch das E-Bike in der Reichweite bis 15 km stärker und sicherer zu machen und damit attraktiver einzusetzen. Bitte setzen Sie die Planung auch um! Dazu gehört ein verstärkter Ausbau des

Radwegenetzes an Kreisstraßen. Zur Zeit sind weniger als die Hälfte der Kreisstraßen mit einem Radweg ausgestattet. Der Vorschlag, insgesamt 900.000€ für den Radwegebau einzusetzen, wurde abgelehnt.

Argumente: Zu viel Geld, das können wir nicht managen.

Liebe CDU: Ihr Alternativvorschlag, mit Verkehrsschildern den Umweg auszuweisen, erschließt sich uns nicht ganz. Welches Ziel verfolgen Sie denn hier? Kreisstraßen nur für den Autoverkehr?

Wir haben stattdessen aufgezeigt, wie mit den Mitteln des Kreises schnell Verbesserungen erreicht werden können.

- Der Antrag, Kreisstraßen ohne Radweg, mit Bedarfsspuren für Fahrräder auszustatten, wurde abgelehnt.

- Der Antrag, bei Kreisstraßen ohne Radweg, eine Geschwindigkeitsbegrenzung bis 70 km/h einzuführen, um sie für Radfahrer sicherer zu machen, wurde ebenfalls abgelehnt.

Das alles sind Initiativen, die das Radfahren mit dem E-Bike sicherer und attraktiver machen. Die Angebotsverbesserung, ein von der CDU/FDP ständig wiederholtes Mantra. Für den Radverkehr gilt das nicht. Das gilt nur für den individuellen Autoverkehr oder überhaupt nicht.

Pensionsfonds

Die Beschäftigung von Beamtinnen und Beamten in der Kreisverwaltung hat eine lange Tradition. Die Konsequenz für den Kreis als Arbeitgeber ist, dass er für die „Alimentierung“ der Beamtinnen und Beamten auch nach der aktiven Dienstzeit verantwortlich ist. Diese Übernahme der gesetzlichen Verpflichtung führt zu einem jährlichen Rückstellungsbedarf von ca. 3. Mio. Euro. Es gibt einen parteiübergreifenden Konsens, in dieser Höhe einen Pensionsfonds anzulegen. Dass in diesem Jahr noch einmal 2. Mio. € zusätzlich in den Pensionsfonds eingezahlt wird, ist der Initiative der CDU/FDP Fraktion zuzuschreiben.

Mit dem Argument, „solange es die Liquidität des Kreises erlaubt“.

Möglicherweise möchte die CDU/FDP einen „Julius-Turm“ speisen? Oder fürchtet die CDU/FDP Fraktion ein Kollabieren der Kreisfinanzen?

Für einen Aufbau des Pensionsfonds ist dieser zusätzliche Betrag von zwei Mio. € nicht zwingend erforderlich. Außergewöhnliche Anforderungen an den Pensionsfonds, etwa durch vorzeitige Ruhestandsregelungen der ersten und zweiten Leitungsebene, wurden

nicht bestätigt. Die Grünen haben deshalb die zusätzlichen 2 Mio. € abgelehnt.

Kreisjugendamt

Vorab möchten wir den Mitarbeitern des Kreisjugendamtes für Ihr Engagement und Ihre großartige Arbeit in diesem Jahr danken. Besonders der immer größer werdende Betreuungsbedarf im Kitabereich stellt schon für sich allein eine große Herausforderung dar.

Eine Anmerkung hätten wir allerdings noch, was die Ablehnung der anteiligen Finanzierung des Babylotsenprojektes am St. Franziskus Hospital in Münster betrifft. Wieder einmal wurde im Kreis Warendorf leider die Chance vertan, das seit 2015 etablierte Babylotsen-Projekt zu unterstützen. Die anderen Kommunen und Kreise haben die Wertigkeit des Projektes erkannt. Es handelt sich nämlich um präventiven Kinderschutz ab der Geburt.

Im Jahr 2017 kam es zu 461 Geburten, im Jahr 2018 zu 412 und in der ersten Hälfte 2019 zu 252 Geburten von Eltern aus dem Kreis Warendorf im St. Franziskus Hospital in Münster. Diese hohe Zahl resultiert auch daraus, dass im Nordkreis keine Entbindungsstation mehr vorhanden ist. Deshalb halten wir es für notwendig, dass auch Eltern aus dem Kreis Warendorf diese Unterstützung angeboten werden kann. Leider ist durch die Gegenstimmen der CDU und FDP verhindert worden, dass der Kreis hierzu seinen prozentualen finanziellen Anteil leistet. Auch schließt das Projekt bei der Hebammensuche eine wichtige Versorgungslücke.

Katastrophenschutzplanung im Kreis Warendorf

Der Kreis Warendorf ist in vielen Bereichen verantwortlich für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung. Aufgrund der zunehmenden Unsicherheiten innerhalb der weltpolitischen Gesamtlage machen sich viele Menschen Sorgen. Auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz rückte deren Leiter Wolfgang Ischinger erstmals die Klimapolitik in den Mittelpunkt. Weltweit sind 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Flüchtlingszahlen werden durch die Klimakrise und weltweite Konflikte noch zunehmen.

Das hat natürlich auch Auswirkungen auf den Kreis Warendorf. Extreme Wetterlagen haben auch hier zugenommen, so dass Einsatzkräfte und Hilfsorganisationen hierbei an ihre Leistungsgrenzen kommen. Wir möchten an dieser Stelle von unserer

Seite allen Beteiligten für Ihren unermüdlichen Einsatz für die Sicherheit der Menschen im Kreis danken.

In vorbildlicher Art und Weise hat der Kreis schon jetzt eine zukunftsfähige Katastrophenschutzplanung und ein Konzept zur Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung aufgestellt. Man stellt sich also frühzeitig der Herausforderung und versucht so der Gefahrenlage zuvorzukommen.

Auch dafür unser Dank an die Kreisverwaltung.

Resolution gegen rechts

Nochmals beantragen wir aufgrund der aktuellen Ereignisse in diesem Jahr eine Resolution gegen Rechts. Mit dieser Resolution wollen wir als Kreistagsmitglieder ein Zeichen gegen rechte Gewalt und jede Form von anderer politischer Agitation setzen, die auf die Infragestellung des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland abzielt.

„Der politische Rechtsruck macht sich zuallererst an Sprache fest. Wir befinden uns in einer Zeit der sprachlichen Ideologisierung“,

stellte unlängst Robert Habeck fest. Uns ist allen bewusst, dass in der Politik Sprache das eigentliche Handeln ist. Deshalb ist es auch so wichtig radikalen Parteien nicht die Debattenhoheit zu überlassen. Denn das herrschende Niveau innerhalb einer Debattenkultur entscheidet darüber, wie konstruktiv demokratische Parteien miteinander politische Entscheidungen aushandeln können. Wir werden uns nicht verunsichern lassen und weiterhin für eine Politik einsetzen, die Vielfalt und Verschiedenheit als Stärke und Bereicherung begreift. Auch werden wir nicht müde immer wieder zu betonen, dass für uns der liberale Rechtsstaat nicht verhandelbar ist.

Kommen wir zum Abschluss zu der Frage, ob wir dem Haushalt zustimmen? Nein, das werden wir dieses Mal nicht tun. Begründet liegt das darin, dass wir das Verkehrskonzept für unzureichend halten. So schaffen wir keine Verkehrswende. Auch halten wir das Finanzierungskonzept des FMO für nicht zukunftsfähig und haben es deshalb abgelehnt. Darüber hinaus ist es nach unserer Auffassung nicht einsehbar, dass über die vereinbarte Summe von 3 Millionen €, die jährlich dem Pensionsfond zugeführt wird, noch weitere 2 Millionen € draufgesattelt werden. Auch hier haben wir abgelehnt.

Auf dieser Entscheidungsbasis stimmt die grüne Kreistagsfraktion dem Haushalt 2020 nicht zu.

Ich wünsche allen hier Anwesenden und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.